

Informationen zum Direktversand von Personalausweisen und Reisepässen seit dem 01.05.2025

Der Gesetzgeber bietet seit dem 01.05.2025 die Möglichkeit, neu beantragte Personalausweise und Reisepässe nach Fertigstellung durch die Bundesdruckerei direkt an die Meldeadresse der antragstellenden Person liefern zu lassen.

Dazu ist bei der Beantragung in der Bürgerberatung eine gültige E-Mail-Adresse des Antragstellenden zu erfassen. Der Postdienstleister kann dann die Zustellung ankündigen.

Der bisherige Personalausweis oder Reisepass muss vor Ort in der Bürgerberatung entwertet werden. Zur Identifizierung gegenüber des Postdienstleisters bei Zustellung muss dann ein gültiger Personalausweis oder gültiger Reisepass vorliegen. *

(Antrag **Personalausweis** – gültiger **Reisepass** muss vorhanden sein; Antrag **Reisepass** – gültiger **Personalausweis** muss vorhanden sein)

Sollte kein gültiges Dokument vorliegen, muss vorab gegen eine weitere Gebühr ein vorläufiger Personalausweis ausgestellt werden. Das neue Dokument darf nur persönlich entgegengenommen werden, eine Bevollmächtigung ist nicht möglich.

Der Postdienstleister unternimmt nur einen Zustellversuch. Sollte die antragstellende Person nicht persönlich anwesend sein, wird das Dokument für 7 Tage in einem Paketshop verwahrt.

Erfolgt dann keine Abholung, geht das Dokument zurück an die Behörde und die antragstellende Person muss das Dokument dort abholen.

Die Gebühr für den Direktversand beträgt 15 Euro und ist direkt bei Antragstellung zu entrichten, eine Erstattung ist bei Abholung nicht möglich.

* Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Passgesetz lässt weitere Möglichkeiten zum Ausweisen zu (Führerschein etc.).

Wir raten Ihnen dringend zum gültigen Reisepass oder vorläufigen Personalausweis, da die Zustell-Dienstleister vermutlich eines dieser Dokumente verlangen werden.